

lagte er zu einem Frühstücksausträger, er solle sich schämen, für einen Vädernmeister zu arbeiten, der die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt habe.

Nach der ausführlichen Darlegung, die wir gegeben haben, werden unsere Leser die Rechtslage dieses Falles, soweit der § 153 in Betracht kommt, ohne weiteres durchschauen. Der Angeklagte hat direkt sicherlich weder Drohungen noch Verurteilungen angewendet, nämlich nicht direkt gegen den Vädernmeister. Will man das, was er gegen die Milchhändler tat, als Drohung auffassen, so hat er doch sicherlich nicht versucht, die Milchhändler zur Teilnahme an „Verabredungen zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen“ zu bestimmen.

Was aber diesen Fall so interessant macht, daß ist der Umstand, daß er den ungeheueren Fleiß und die kaum glaubliche Anpassungsfähigkeit deutscher Gerichte einmal in glänzendem Lichte zeigt. Unsere obige Auseinandersetzung lehrte, daß der § 153 der Gewerbeordnung keineswegs leicht verständlich ist. Wer ihn mit gewöhnlicher Durchschnittsaufmerksamkeit liest, wird zunächst glauben, es seien einfach alle Gewalttätigkeiten bei Lohnkämpfen unter Strafe gestellt. Es gehört gründliche Arbeit, eingehendes Studium dazu, um zu erkennen, daß der Paragraph tatsächlich nicht alle, sondern nur die Fälle derartiger Gewalttätigkeiten trifft.

Das ergibt sich nämlich aus der Begründung des Urteils, welche folgenden Gedankengang aufweist: § 153 handelt von „Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen“.

Wir zweifeln nicht, daß diese neueste Auslegung des § 153, die eine so erstaunliche Strenge und vor nichts zurückweichende Gewandtheit unserer Justizbehörden an den Tag legt, überall die gebührende Beachtung finden und das Vertrauen zur Rechtspflege wieder ungemein stärken wird.

Die Streiks im Jahre 1903.

Aus dem Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

II.

Die Aussperrungen besonders darzustellen dürfte zweckmäßig sein, weil das Unternehmertum in ständig wachsendem Maße zu diesem Mittel greift, um damit die Gewerkschaften niederzujagen. Bisher hat dieses Mittel verfaßt und es wird, dessen sind wir gewiß, auch ferner unwirksam sein. Die Wunden, welche das Unternehmertum aus diesen Kämpfen davontreibt, sind viel tiefer und bedürfen viel längerer Zeit zur Heilung als die Wunden, welche der Arbeiterorganisation mit dieser vermeintlich wirksamen Waffe beigebracht werden.

ertragen, und zur Besserung gibt es nur ein Mittel: die Umgestaltung der Produktionsweise. Wir haben also keinerlei Ursache, über die Taktik des Unternehmertums zu klagen, denn diese wird schließlich der Arbeiterkraft zum besten dienen.

Was aber aus der Statistik an Beweismaterial für dieses gemeinschädliche Treiben der Unternehmerorganisation geboten wird, darf nicht unbenuzt verbleiben und deswegen erscheint es geboten, die Aussperrungen in der Statistik besonders zu behandeln. Dies kann aber nur vom Jahre 1900 ab geschehen, weil bis dahin die Aussperrungen in der Statistik nicht angegeben, sondern als Abwehrstreiks gezählt sind. Wie schon eingangs bemerkt, wurden über die Arbeiter im Jahre 1903 82 Aussperrungen, wovon 4 Mal ausperrungen, verhängt. Betroffen wurden davon 45 783 Personen, der Verlust an Arbeitszeit betrug für 32 036 Aussperrte 1 512 771 Tage.

Eine besondere Lehre gibt der Streikstatistik der Arbeiterkraft bei dem Vergleich des Erfolgs, der für die einzelnen Gruppen der Streiks erzielt worden ist. Ein Studium der folgenden Tabellen dürfte zur Rührung an die Arbeiterkraft führen, bei bestimmten Differenzen mit der Arbeitseinstellung zurückhaltend zu sein.

Table with multiple columns: Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, Vollen Erfolg, Teilweis Erfolg, Angriffsstreiks, Abwehrstreiks, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnreduzierung, Austritt aus der Organisation, Maßregelung, Verkürzung der Arbeitszeit u. Lohnreduzierung, Nichtinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nichtinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, Erfolg in Prozenten für Streiks, Erfolg in Prozenten für Beteiligte.

In den letzten vier Jahren war voller Erfolg in Prozenten der Streiks und der Beteiligten für die einzelnen Gruppen der Streiks in dieser Weise zu verzeichnen:

Table with 2 columns: Gruppe, Erfolg in Prozenten für Streiks, Erfolg in Prozenten für Beteiligte.

Den geringsten Erfolg hatten somit die Streiks wegen Austritt aus der Organisation und wegen Maßregelung. Dies dürfte die Arbeiterkraft veranlassen, in solchen Fällen stets sehr ein-

gehend zu prüfen, ob die Arbeitseinstellung zweckmäßig ist, oder ob nicht der Gewaltakt der Unternehmer in anderer Weise unwirksam gemacht werden kann.

Über die persönlichen Verhältnisse der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten ist zu bemerken, daß von diesen 42 802 männliche und 3 437 weibliche verheiratet waren, die 97 427 Kinder zu ernähren hatten. Es sind also, trotz amtlicher Statistik, keine unreifen Elemente, von denen die Streiks geführt werden.

Beigelegt wurden die Differenzen in 458 Fällen direkt zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitern und Unternehmern, in 152 Fällen durch Vermittlung der Lokalverwaltung der Organisierten, in 218 Fällen durch Vermittlung des Zentralvorstands, in 47 Fällen durch Vermittlung dritter Personen und in 55 Fällen vor dem Gewerbegericht. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Kämpfen insgesamt 1608 Mal von den Arbeitern Verhandlungen anzuknüpfen versucht wurde und daß die Unternehmer die Verhandlungen 811 Mal rundweg ablehnten. Ein Beweis für die geringe Friedensliebe vieler Unternehmer.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Aussperrungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 5 080 884 M. Davon kamen 4 511 621 M. = 88,8 Prozent aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131 559 M. durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 81 471 M. durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 838 799 M. durch Sammlungen und 40 848 M. vom Auslande. In den Jahren 1890—1903 verursachten die Streiks und Aussperrungen eine Ausgabe von 24 178 064 M., wovon 70 Prozent aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden insgesamt 387 884 M. an Unterstützungsgeldern gesandt. Die Ausgaben für die einzelnen Jahre zeigt die folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Jahr, Gesamtkosten der Streiks, Davon kamen aus der Kasse der im Streik befindlichen Organisationen, Prozent der Gesamtausgabe, aus dem Auslande.

Der Prozentsatz der Ausgaben, der aus der Verbandskasse kam, war im Jahre 1903 geringer als im Vorjahre. Es ist dies durch die Unterstützungen, die für die größeren Aussperrungen gesammelt wurden, herbeigeführt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterkraft im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtslos, er denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterkraft stärken und diese zu erhöhter Tapferkeit anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmerorganisationen gewachsen sein wird.

E. Begien.

Vereine und Versammlungen.

Die Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielten am 23. d. M. ihre halbjährliche Generalversammlung in Stadt Hannover ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Geschäftsbericht, führte der Vertrauensmann, Kollege Schulze, aus: Der Bericht, den die Verwaltung der Zahlstelle zu geben hat, ist als ein überaus günstiger zu nennen. Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen halben Jahre mehr als verdoppelt am 31. Dezember v. J. gehörten hier 213 Mitglieder dem Verbande an und am 1. Juli waren es 447. Bis jetzt ist die Zahl schon auf 560 gestiegen, so daß wir der Zukunft mit den besten Hoffnungen entgegensehen könnten, zumal dieser Zuwachs innerhalb der kurzen Zeit stattgefunden hätte und wir die bessere Konjunktur noch vor uns hatten. Im vergangenen halben Jahre haben zwei öffentliche Versammlungen mit Rederatten und drei Mitgliederversammlungen stattgefunden. Die Verwaltung erledigte ihre Arbeiten in 18 Sitzungen mit den verschiedenen Komitees, außerdem machten sich 22 Werkstubeversammlungen nötig. Kollege Schulze schließt seinen Bericht mit der Aufforderung an die Anwesenden, so weiter zu arbeiten, damit es der Verwaltung möglich wäre, bis zur nächsten Generalversammlung das 100ste Mitglied aufzunehmen. Aus dem Anwesenbericht, den Kollege Wolken erstattete, ist zu entnehmen, daß ein jetziger Kassenbestand von 413,44 M. vorhanden ist. Den Bericht über den Arbeitsnachweis gab Kollege Schulze. Vom 15. Januar, seit Bestehen des Nachweises, bis 1. Juli wurden 27 Stellen für männliche und 98 für weibliche Mitglieder vermittelt. Er bebauert in seinen weiteren Ausführungen, daß sich so wenig Kolleginnen auf dem Nachweis meldeten, so daß er verschiedene offene Stellen nicht besetzen konnte, denn gemeldet worden waren 125 Stellen für Punktierinnen, An- und Auslegerinnen. Er betonte weiter, daß fast alle Hilfsarbeiterinnen, welchen durch den Arbeitsnachweis Stellen vermittelt wurden, durchschnittlich 1 M. bis 1,50 M. höheren Anfangslohn erhielten. Es sind 26 Buch- und Steinbrudereien gewesen, welche den Arbeitsnachweis benutzt haben. Zwei Drittel der hiesigen Druckereien konnte von der Einrichtung des Nachweises noch gar keine Mitteilung gemacht werden, weil man erstens sehen wollte, was für Anhang er bei den Bringepafen finden würde und zweitens war kaum genügendes Personal vorhanden, diese Stellen besetzen zu können. Mit dem Wunsche, daß die Mitglieder, namentlich die weiblichen, den Arbeitsnachweis benutzen sollten, damit diese Einrichtung ihren Zweck erfüllen könnte, nämlich ein Lohnregulator innerhalb unsers Verufs zu sein, schloß der Berichterstatter seine Ausführungen. In den Vorstand wurden neu gewählt die Kolleginnen Zahn und Buch und Kollege Paul Richter. Zum Revisor wurde Kollege Felix Löser ernannt. Beim letzten Punkt der Tagesordnung teilte der Vertrauensmann mit, daß sich eine Beitragserhöhung notwendig mache, indem die 350 M., welche der Hauptvorstand in Berlin zur Errichtung des Arbeitsnachweises bewilligt habe, aufgebraucht sind und die Zahlstelle denselben auf eigene Kosten weiterführen möchte. Wenn die Mitglieder den Nachweis eingehen lassen wollten, dann wäre die Beitragserhöhung nicht nötig; er glaubte aber aus der Stimmung der Mitglieder, sowie aus dem Beifall, den die Anwesenden dem Bericht des Arbeitsnachweises gezollt hätten, entnehmen zu können, daß der größte Teil der Mitglieder das Weiterbestehen wünsche. Die Verwaltung schlägt darum den Mitgliedern eine Beitragserhöhung von 5 Pfg. pro Person und Woche vom 1. Oktober ab vor. Nachdem verschiedene Redner für die Erhöhung gesprochen hatten und Bedenken von keiner Seite vorgebracht wurden, fand der Antrag von der über 200 Mitgliedern besuchten Versammlung einstimmig Annahme.